



Dr. Nina Scheer - Wochenspiegel vom 22.-28. November 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

anbei übersende ich Ihnen/Euch meinen WOCHENSPIEGEL für die Zeit vom 22.-28.
November.

Anregendes Lesen wünscht Ihre/Deine

Dr. Nina Scheer
Bundestagsabgeordnete

THEMEN

KOALITIONSVERTRAG

Am Mittwoch, den 24.11. wurde die Einigung auf einen Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für ein Ampel-Bündnis vorgelegt. Unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ werden auf 177 Seiten die gemeinsamen Ziele und Vorhaben für ein Ampel-Bündnis benannt.

Ich freue mich, dass der Vertrag etwa **klimapolitisch** an den heute dringlichsten Stellen lösungsorientiert ansetzt, etwa zur Beseitigung von Hemmnissen für Erneuerbare Energien, deren verstärkten und beschleunigten Ausbau, (weitere) Erleichterungen für Repowering von Windkraftanlagen oder etwa Maßnahmen für die Nutzung von **Windstrom** bei Netzüberlastung (gegen Abregelung) sind vorgesehen. So heißt es: „Wir gewährleisten, dass erneuerbarer Strom wirtschaftlich für die Sektorenkopplung genutzt wird, anstatt die Anlagen wegen **Netzengpässen** abzuschalten.“ Zur **Photovoltaik** heißt es etwa: „Alle geeigneten Dachflächen sollen künftig für die Solarenergie genutzt werden. Bei gewerblichen Neubauten soll dies verpflichtend, bei privaten Neubauten soll es die Regel werden.“ Es ist für Photovoltaik bis 2030 ein Zubau von 200 GW vorgesehen; heute liegen wir bei ca. 57 GW.

Und auch der **Kohleausstieg** bis 2030 soll realisiert werden. Klimaneutralität soll bis 2045 erreicht sein. Letzteres wäre zwar für das Erreichen des 1,5 Grad Ziels von Paris zu spät. Allerdings enthält der Vertrag das Ziel von 1,5 Grad und eben die benannten Maßnahmen zum Umstieg auf Erneuerbare Energien. Wenn diese konsequent umgesetzt werden, wird es auch möglich sein, früher als 2045 Klimaneutralität und auch einen Kohleausstieg vor oder bis 2030 zu erreichen.

Bei der in 2022 bereits fortzuschreibenden **Wasserstoffstrategie** wird „erste Priorität“ die **„einheimische Erzeugung auf Basis Erneuerbarer Energien“** haben.

Es wird zudem auch auf die hemmende Wirkung reagiert, die von **Ausschreibungen** Erneuerbarer Energien ausgeht, indem die sog. **De-minimis-Regelung** der EU-Kommission (Beihilfeleitlinie) ausgeschöpft werden soll, was eine Ausweitung der EEG-Anwendung (ohne Ausschreibungen) bedeutet.

Ich freue mich, dass damit zentrale Energiewende-Forderungen, für die ich mich seit vielen Jahren einsetze und die ich etwa auch im „Sozialdemokratischen Energiewende-Appell“ 2018 formuliert habe, der inzwischen über 1700 UnterzeichnerInnen trägt, verankert sind!

„Für die Bergung und Vernichtung von **Munitionsaltlasten** in der Nord- und Ostsee wird ein Sofortprogramm aufgelegt sowie ein Bund-Länderfonds für die mittel- und langfristige Bergung eingerichtet und solide finanziert“, heißt es etwa auf S. 41. Auch dies ist insbesondere für Schleswig-Holstein ein drängender Schritt mit Aussicht auf eine realisierbare Lösung!

Der **Mindestlohn** wird auf 12 Euro hochgesetzt.

Es soll zudem ein rechtssicheres und praktikables Gesetz zum **Schutz von Whistleblowern** (HinweisgeberInnen) eingeführt werden, durch das die Aufdeckung von Rechtsverstößen und erheblichem Fehlverhalten im öffentlichen Interesse unter Schutz gestellt wird. Whistleblowerschutz wird damit noch über die Umsetzungspflichten aus der betreffenden EU-Richtlinie hinaus geschaffen, um Fällen wie dem Diesel- oder Wirecard-Skandal oder auch Rechtsextremismus vorzubeugen. Auch hierfür hatte ich mich als bislang zuständige Berichterstatterin eingesetzt und etwa für die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier auf den Weg gebracht, vgl.

https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_whistleblowing_20201215.pdf

Die Verankerung im Koalitionsvertrag ist auch ein Erfolg für alle, die unter oft großen persönlichen Risiken kriminelle Machenschaften und Missstände ans Tageslicht bringen.

Nachhaltige Entwicklung soll nun auch bei der investitionsseitigen „Wurzel“ ansetzen. So heißt es: „Wir wollen Deutschland zum führenden Standort nachhaltiger Finanzierung machen und uns dabei am Leitbild der Finanzstabilität orientieren. Wir setzen uns dafür ein, dass auf europäischer Ebene ein **einheitlicher Transparenzstandard** für Nachhaltigkeitsinformationen für Unternehmen gesetzt.“

Zur Bekämpfung des Mangels **bezahlbaren Wohnraums** sollen jährlich 400.000 Wohnungen gebaut werden.

Glyphosat wird bis Ende 2023 vom Markt genommen.

... um nur wenige Beispiele zu nennen.

Nicht überein stimme ich etwa mit der Aussage zur **Bewaffnung von Drohnen**, die nach meiner Einschätzung weder eine verteidigungsbezogene noch friedenspolitische Grundlage hat. Eingehend hatte ich mich mit der betreffenden Fragestellung auch in einer Positionierung erklärt, die gleichlautend als „Zwischenruf“ der SPD-Grundwertekommission nachzulesen ist, vgl.

https://grundwertekommission.spd.de/fileadmin/gwk/Dokumente/GWK_ZWR_Jan2021_Final.pdf

Auch als Mitglied der Projektgruppe, die vom SPD-Parteivorstand zur Befassung mit bewaffneten Kampfdrohnen eingesetzt worden war, hatte ich mich gegen eine Bewaffnung ausgesprochen.

Neben dem Kanzler und dem Kanzleramtsminister wird die SPD 6 MinisterInnen stellen:

- Innen und Heimat
- Arbeit und Soziales
- Verteidigung
- Gesundheit
- Bauen

- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Bündnis 90/Die Grünen stellen:

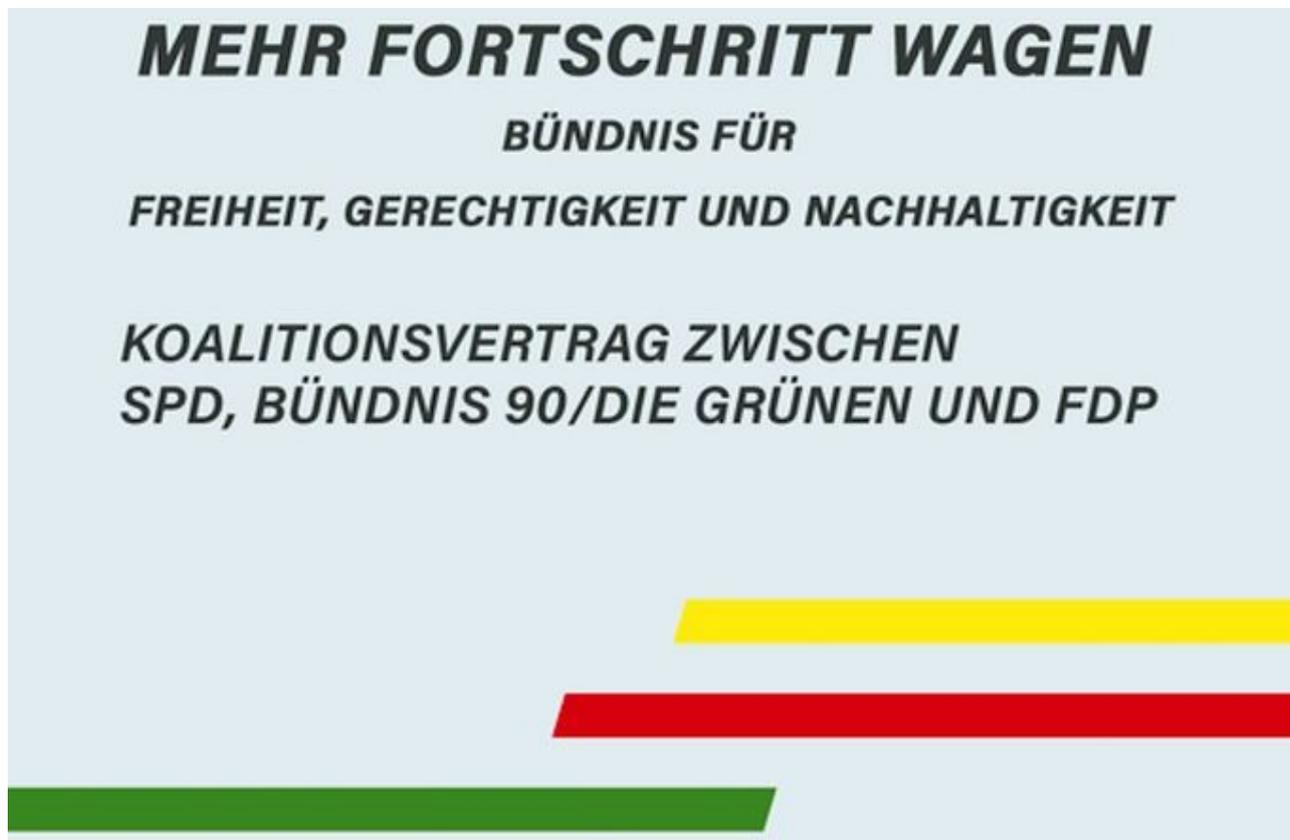
- Auswärtiges Amt
- Wirtschaft und Klimaschutz
- Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Ernährung und Landwirtschaft

Die FDP stellt:

- Finanzen (zugleich § 22 GO BReg)
- Justiz
- Verkehr und Digitales
- Bildung und Forschung

Nach aktuellen Planungen soll in der SPD auf einem Online-Sonderparteitag am 4. Dezember abgestimmt werden. Der Koalitionsvertrag ist hier abrufbar:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf



25.11.21: INTERNATIONALER TAG ZUR BESEITIGUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN

Das Thema Gewalt gegen Frauen erfordert auch in Deutschland einer größeren

Sensibilität. Die Gewalt in Partnerschaften ist in den letzten Jahren gestiegen, insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Hilfsangebote sind deshalb notwendig. Es ist daher richtig, dass der Bund zwischen 2020 und 2023 mit jährlich 30 Millionen Euro die Hilfsstrukturen für von Gewalt betroffene Frauen fördert.



Gleichzeitig muss an dieser Stelle auch das große ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich erwähnt werden. Der Verein "FRAUEN HELFEN FRAUEN SANDESNEBEN UND UMGEBUNG e.V." hat es sich zum Ziel gesetzt, aktiv gegen Gewalt an Frauen und Kindern zu wirken. Im Rahmen des Projektes "LAND-GRAZIEN" werden neben Veranstaltungen und Vorträgen auch Beratungen angeboten. Betroffene haben die Möglichkeit telefonisch oder per Online-Chat Kontakt aufzunehmen und sich persönlich in einer geschützten Umgebung betreten zu lassen.

Es ist ebenso relevant diese Hilfsangebote bekannt zu machen. Das Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ verzeichnete 2020 einen Anstieg bei den Kontaktaufnahmen wie auch bei den Beratungen. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Beratungen um knapp 15 Prozent zu. Es ist einerseits bedauerlich, dass die Hilfe benötigt wird; andererseits ist es gut, dass sie mehr genutzt wird. Dennoch sollte dieser Anstieg nicht täuschen. Eine Studie der Technischen Universität München legt nahe, dass gerade einmal 32,4 Prozent der Betroffenen das Hilfefon kannten und sich lediglich 2,7 Prozent dorthin gewandt hatten. Das Hilfefon muss deshalb durch Kampagnen noch bekannter gemacht werden.

Beim Hilfefon unter 08000 116 016 finden Frauen kostenfreie Beratung und Hilfe - an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr, anonym, mehrsprachig und barrierefrei.

Der Verein „FRAUEN HELFEN FRAUEN SANDESNEBEN UND UMGEBUNG e.V.“ ist unter der Rufnummer 04536 89 09 929 oder der E-Mail-Adresse info@fhf-sandesneben.de erreichbar.

Weitere Informationen unter:

www.hilfetelefon.de; www.staerker-als-gewalt.de; www.fhf-sandesneben.de

Zu meiner Pressemitteilung: <https://www.nina-scheer.de/2021/11/25/internationaler-tag-zur-beseitigung-von-gewalt-gegen-frauen/>

29. JAHRESTAG: GEDENKEN AN DIE OPFER DER BRANDANSCHLÄGE IN MÖLLN

BAHIDE ARSLAN – YELIZ ARSLAN – AYSE YILMAZ
† 23. November 1992

„DAS GEDENKEN AN DIESE TAT ABER
AUCH DIE FRAGE, WIE WIR
RECHTSEXTREMISMUS
VERHINDERN KÖNNEN, SEHE ICH
ALS EINE UNABDINGBARE BASIS
UNSERES DEMOKRATISCHEN
GEMEINWESENS SOWIE ZUR
STÄRKUNG UNSERER DEMOKRATIE
AN.“

Dr. Nina Scheer – SPD-Bundestagsabgeordnete



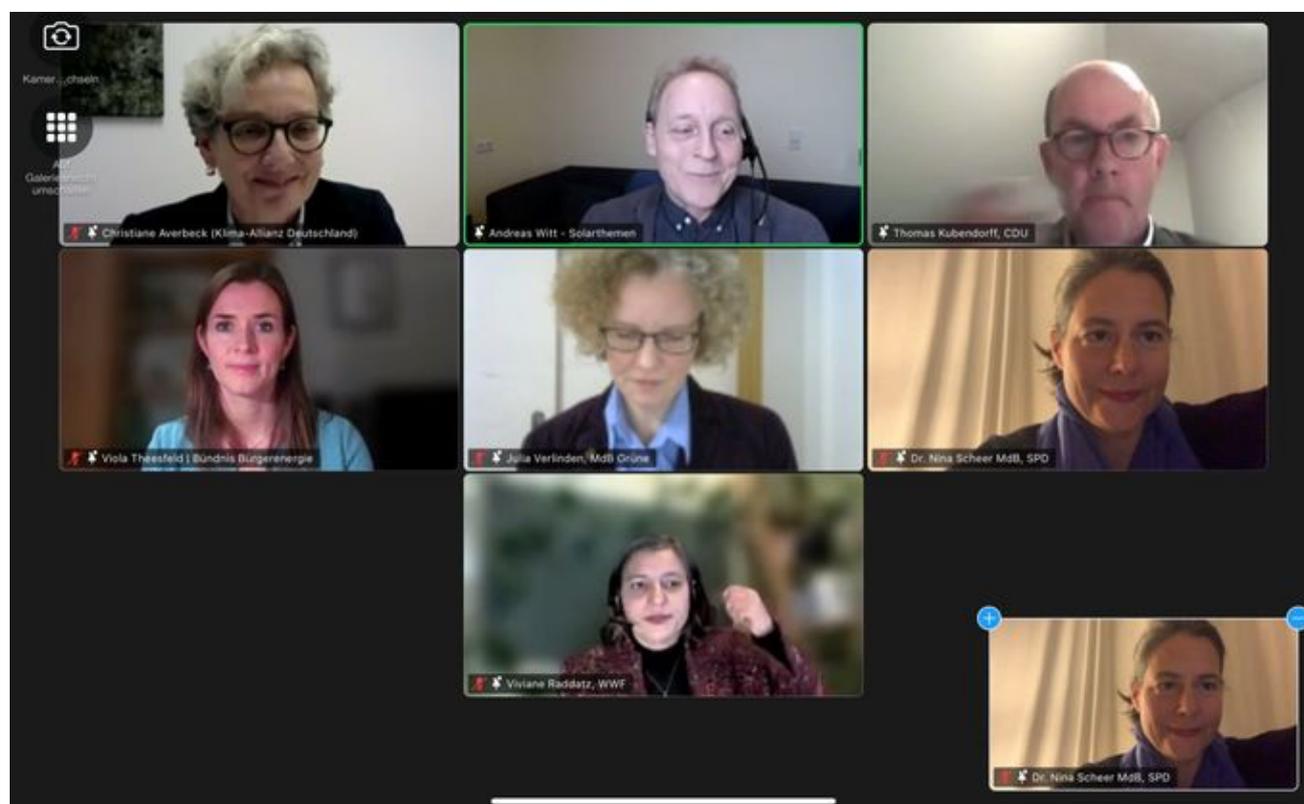
Am 23. November 1992 wurden bei rechtsextremen Brandanschlägen auf zwei Wohnhäuser in Mölln Bahide Arslan, Yeliz Arslan und Ayşe Yilmaz ermordet und neun weitere Personen schwerverletzt.

Der Anschlag in Mölln ist kein Einzelfall, sondern reiht sich ein in eine Reihe von

rassistisch und antisemitisch motivierten Gewalttaten wie in Hanau, Rostock-Lichtenhagen, Solingen oder Halle. In diesem Jahr hat sich daher das Netzwerk „Tatorte rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik“ gegründet, welches versucht, diese Taten und Orte in einen Zusammenhang zu stellen, der über das Mahnen oder Gedenken hinausgeht und einen gemeinsamen werte- verantwortungsorientierten Umgang zum Ziel hat. Das Gedenken an diese Tat aber auch die Frage, wie wir Rechtsextremismus verhindern können, sehe ich als eine unabdingbare Basis unseres demokratischen Gemeinwesens sowie zur Stärkung unserer Demokratie an. Es ist die Aufgabe eines und jeder Einzelnen unserer Gesellschaft, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen und demokratiefeindlichem Handeln entschieden entgegenzutreten.

ZU GAST

... BEI DEN 18. BERLINER KLIMAGESPRÄCHEN



Am 23. November war ich bei den 18. Berliner Klimagesprächen der **Klima-Allianz Deutschland** zu Gast. Gemeinsam mit Julia Verlinden, Viviane Raddatz von WWF Deutschland, Simon Müller von Agora Energiewende, sowie dem ehemaligen Landrat Thomas Kubendorff diskutierten wir, wie der Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigt werden kann. Einzelne Hemmnisse, wie etwa Ausschreibungspflichten, die Personenidentität bei Dachanlagen (ein Hemmnis für Bürgerenergie-Projekte) oder etwa auch zu lange Genehmigungszeiten, wurden dabei benannt. Ich verdeutlichte, dass gerade auch im internationalen Kontext von Seiten der Industrienationen wie Deutschland Vorreiterrollen eingenommen werden müssen - sowohl mit Blick auf technologischen Fortschritt als auch die gegebenen Klimawandel-Verantwortlichkeiten.



... BEI DER NACHHALTIGKEITSAKADEMIE, INSTITUT FÜR
VERSICHERUNGSWISSENSCHAFTEN AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG



Im Rahmen der Nachhaltigkeitsakademie der Universität Leipzig war ich am Donnerstag, den 25. November zu einem Vortrag über "Nachhaltige Unternehmen aus Sicht des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung" eingeladen, dessen stellvertretende Vorsitzende ich bin. Ich betonte die Bedeutung rechtlicher Rahmenbedingungen. Für Unternehmen seien sowohl wettbewerblichen als auch zugunsten von Planungssicherheit die rechtlichen Zeichen auf Nachhaltigkeit zu stellen. Um die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 zu erreichen, gelte es

nicht international aufeinander zu warten, sondern durch Vorreiterrollen nachhaltige Lösungswege einzuschlagen, die dann auch Nachahmung erfahren.

BERICHTE

Im Rahmen von Gesprächen waren weitere Themen die Befassung mit dem Elbe-Lübeck-Kanal und VertreterInnen des Aktionsbündnisses ELK.

Zudem diskutierte ich mit ExpertInnen von PowerShift die Zukunft des Energiecharta-Vertrages. Insbesondere die hiesigen Aussagen zum Investitionsschutz sind mit den Anforderungen an nachhaltige Entwicklung nicht vereinbar.

Des Weiteren diskutierte ich mit Expertinnen des Vereins Gesellschaft für Freiheitsrechte über zu treffende Maßgaben zum Schutz von Whistleblowern.

Zu Wochenbeginn fand meine monatliche Bürgersprechstunde statt, pandemiebedingt erneut digital.

In einer Landesgruppenklausur in Neumünster tauschen wir uns über den frisch veröffentlichten Koalitionsvertrag aus und nahmen hierbei gemeinsam auch an der aus aktuellem Anlass einberufenen Onlinesitzung der SPD-Bundestagsfraktion teil. Zudem fanden Gespräche mit Thomas Losse-Müller, designerter SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl, unserer Landesvorsitzenden Serpil Midyatli und dem Landesgeschäftsführer Götz Borchert statt. Beim gemütlichen Ausklang wurde unser langjähriger Abgeordneten-Kollege Ernst-Dieter Rossmann verabschiedet. Er hatte 2021 nicht erneut kandidiert. Sein Nachfolger im Wahlkreis Pinneberg ist Ralf Stegner.

Am Abend des 26.11. nahm ich an einem Online-Mitgliederaustausch zum Koalitionsvertrag teil, zu dem Serpil Midyatli und Thomas Losse-Müller eingeladen hatten.

Für den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg /Stormarn-Süd habe ich alle Mitglieder für den heutigen Abend, 29.11. ab 19.30 Uhr, zum Online-Austausch eingeladen.

Herzliche Grüße

Nina Scheer